

**Auszug aus der Niederschrift
über die Sitzung
des Ausschusses für Planung und Hochbau
am 15.03.2018**

**Punkt 8 Einrichtung eines Parkhauses/ einer Parkpalette in der Nähe des
Bahnhofs - Ratsantrag der Fraktion CDU-Freie Wähler und der
Arbeitsgemeinschaft WIR-FDP vom 23.08.2017
Vorlage: 0195/2016-2021**

BGM Weber führt aus, dass es nach Gesprächen mit der Bahn keine Option gäbe, Flächen für Parkplätze oder eines Parkhauses auf der nördlichen Seite der Schienen zu erwerben oder zu nutzen. Der Bahnservice wolle nicht auf seine genutzte Fläche verzichten und ein möglicher Tunnelbau müsse mitsamt der Folgekosten (wie Fahrplananpassungen) finanziell allein von der Stadt getragen werden.

StOAR Bumann stellt anhand von Lageplänen die Bestandsaufnahme dar. Derzeit seien insgesamt 374 Parkplätze vorhanden. Eine Erweiterung der Parkflächen sei nur im westlichen Bereich möglich, in dem sich bislang 184 Parkplätze befänden. Durch den Ankauf eines Grundstücks sei eine Erweiterung des Bestandes um 24 weitere Stellplätze möglich. Mit der Entfernung von Buschwerk und Bäumen kämen weitere 48 Parkplätze hinzu, die jedoch weiter vom Bahnhof entfernt lägen und nur über Kopfsteinpflaster erreichbar seien. Diese Umsetzung sei ohne Bebauungsplan durchführbar, da die Fläche für Bahnzwecke gewidmet sei. Insgesamt stünden somit kurzfristig 72 weitere Stellplätze zur Verfügung. Sollten diese Maßnahmen den Bedarf noch nicht decken, sei eine weitere Ausbaustufe denkbar. StOAR Bumann zeigt eine Fläche auf, die derzeit noch im geschützten Landschaftsbestandteil liege. Mithilfe einer Teilaufhebung der bestehenden Satzung, der Fällung von 14 Bäumen und der Aufstellung eines Bebauungsplanes sei die Schaffung weiterer 45 Stellplätze in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs möglich.

RH Dr. Hülsemann erkundigt sich, ob nicht ein Parkdeck mit Brücke eine Alternative darstelle. BGM Weber informiert, dass auch diese Möglichkeit in Betracht gezogen worden sei, aber wegen der nicht zur Verfügung stehenden Fläche im Norden für den Bau eines Parkdecks nicht umsetzbar sei.

RH von Hoyningen-Huene weist darauf hin, dass im Zuge der Förderung des HVV die Anzahl der Fahrzeuge noch weiter steigen werde. Die vorgestellten Pläne seien machbar, aber Stückwerk. Seiner Meinung nach fehle es an einem Konzept, dass auf einer qualifizierten Bedarfsprognose aufbaue. Die Fällung der Bäume aus der dritten aufgezeigten Alternative halte er neben der Tatsache, dass sich diese Fläche in einem geschützten Landschaftsbestandteil befinde, für problematisch, da die Bäume auch als Lärmschutz für die Nachbarn dienten. Er spricht sich für die Erstellung eines Gutachtens aus.

RH Schwedesky kritisiert, dass der Tenor beider Anträge nicht umgesetzt worden sei. Es sei dort zwingend eine Bedarfsermittlung gefordert worden. Er halte weiter an dem Antrag fest.

Auch RH Bargfrede bleibt bei der Forderung aus dem Antrag für die Erstellung eines Gutachtens, das ggf. neue Erkenntnisse und Möglichkeiten aufzeige, die in die Diskussion um den Bedarf mit einfließen sollten.

RH Gori unterstützt die beiden ersten aufgezeigten Alternativen der Verwaltung, um kurzfristig und mit wenig finanziellem Aufwand Abhilfe an der Parkplatznot zu schaffen. Ein Gutachten halte er nur für sinnvoll, wenn der Bau einer Parkpalette eine Option darstelle.

StOAR Bumann äußert, dass ein attraktives und womöglich kostenloses Parkhaus automatisch weitere und größtenteils von auswärts kommende Parkraumsuchende anziehen werde. Es entstehe also ein zusätzlicher Bedarf, der in ein Gutachten einfließen müsse. Mit den Faktoren einer nicht vorhandenen (freien) Fläche, den notwendigen Lärmschutzmaßnahmen und entstehenden Kosten in Millionenhöhe stelle sich die Frage, ob ein Parkdeck eine vorstellbare Alternative sei und mit welchem Inhalt ein Gutachten erstellt werde solle.

RH Bargfrede stellt den Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung, dass ein Gutachten in Auftrag gegeben werden solle, welches den Bedarf an Stellplätzen, den Standort und die Finanzierung untersuchen solle.

Der Änderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen angenommen.

Anmerkungen im Protokoll:

In der ursprünglichen Beschlussempfehlung stand die Zahl von 69 zusätzlichen Stellplätzen. Es sind insgesamt 72 neue Stellplätze, die mit den ersten beiden vorgestellten Maßnahmen der Verwaltung kurzfristig umgesetzt werden können. Die Beschlussempfehlung wurde dahingehend geändert.

Der Beschluss über die Fahrradboxen wird gesondert unter TOP 9 aufgeführt.

Der Ausschuss für Planung und Hochbau empfiehlt folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Einholung eines Gutachtens, das den Bedarf an Stellplätzen, den Standort und die Finanzierung untersuchen soll.

Der Rat beschließt, kurzfristig weitere 72 Stellplätze für PKW zu schaffen.